

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.  
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.  
R. Dattion u. Verwaltung: Drag II, Petřánska 15 • Teleph. : 20703, 31409, Nachredakt. (ab 21 Uhr) : 33556 • Hoffordamt: 37544

13. Jahrgang.

Mittwoch, 7. Juni 1933

Nr. 132.

## Malypetr in längerer Audienz bei Masaryk. Verhandlungen über die Ermächtigung noch in Schweb.

Prag, 6. Juni. Mit dem Empfang der beiden deutschen Minister Dr. Czech und Doktor Spina hatten die politischen Beratungen beim Präsidenten der Republik am Montag ihren Abschluß gefunden. Dienstag vormittag hielten die Koalitionsparteien interne Beratungen ab, in denen ihre Vertreter in der Regierung über den bisherigen Stand der Verhandlungen über das Ermächtigungsgesetz referierten und den ausgearbeiteten Entwurf zur Diskussion stellten.

Am Nachmittag referierten dann die politischen Minister in ihrem Kollegium über den Standpunkt der einzelnen Parteien. Es stellte sich heraus, daß die Vorlage zwar keineswegs auf ungeteilte Zustimmung stößt, doch konnte man auf Grund der erstatteten Referate feststellen, daß eine weitere Verhandlungsbereitschaft allgemein vorhanden sei, so daß man daran gehen konnte, die Vorlage in ihren Details zu überprüfen. Dabei wurden an dem Entwurf nicht unbedeutende Änderungen vorgenommen, von denen die Ausschaltung aller politischen Ermächtigungen und die Beschränkung auf rein wirtschaftliche Maßnahmen die wichtigste darstellte. Auch scheint Uebereinstimmung darüber zu bestehen, daß alle derartigen Maßnahmen wie bisher Koalitionsmäßig, d. h. im Einvernehmen zwischen allen Koalitionsparteien, getroffen werden und das Parlament keinesfalls durch das Ermächtigungsgesetz eo ipso ausgeschlossen werden soll.

Es stellte sich aber bald heraus, daß die noch bestehenden Differenzen nicht so rasch überbrückt

werden konnten, um die Vorlage noch heute vor das Parlament zu bringen. Ueber die noch schwebenden Differenzen erstattete Ministerpräsident Malypetr dem Präsidenten der Republik in den Abendstunden einen Bericht. Es handelt sich hier vor allem um die Frage, ob die Ermächtigung lediglich der gegenwärtigen Regierung oder — in diesem Falle für eine noch kürzere Frist als bis zu Jahresende — allgemein jeder Regierung gegeben werden soll. Die Unterredung war, wie amtlich mitgeteilt wird, von längerer Dauer. Ueber ihr Ergebnis wird Malypetr morgen früh dem Ministerrat berichten.

Das Parlament tritt schon um 9 Uhr neuerdings zusammen. Sollte das Ermächtigungsgesetz dahin vorliegen, so wird es sofort dem Verfassungsausschuß mit Frist bis abends zugewiesen werden. Da der Senat die Vorlage bereits Donnerstag abends erwartet, würde das Abgeordnetenhaus die Debatte schon Mittwoch abends eröffnen und in einer Nachtstimmung soweit führen, daß die Abstimmung im Laufe des Donnerstag Nachmittag vorgenommen werden könnte.

Im Plenum des Abgeordnetenhauses wurde heute nachmittag lediglich ein Referat über die Vorlage betreffend die Finanzprokuren erstattet, dann wurde die Sitzung geschlossen, als festgestellt, daß ein Wort an die Ermächtigungsvorlage heute zwecklos wäre.

## Viererpakt in neuer Gefahr. Deutschland will die letzte französische Textierung nicht annehmen.

Paris, 6. Juni. Havas hatte heute gemeldet, daß der Viererpakt noch im Laufe des heutigen Tages paraphiert werden soll, allerdings wenn Deutschland dem Pakt beitrete. Die von Frankreich vorgeschlagene Formel stelle den Pakt in den Rahmen des Völkerbundes und gewähre in der Frage der Abrüstung Frankreich volle Genugtuung.

Dieser Paktentwurf ist nach einer Contingierung aus Berlin heute dort tatsächlich eingegangen. Von Berliner halbamtlicher Seite wurde jedoch sofort festgestellt, daß der Mussolini-Plan durch die mehrfachen französischen Änderungen seinen ursprünglichen Charakter be-

reits eingebüßt habe; es handle sich um einen ganz neuen Text, der seitens der Reichsregierung erst einer sorgfältigen Prüfung unterzogen werden soll, ob sie nach diesen Änderungen noch ein ausreichendes Interesse an dem Abschluß des Vertrages habe. Die für Deutschland wichtigsten Vertragselemente, wie die Gleichberechtigung, würden angeblich nur ungenügend berücksichtigt.

Mussolini hat seine angekündigte Rede im Senat über den Viererpakt deshalb neuerdings auf morgen verschoben und nur erklärt, die Verhandlungen hätten eine Phase erreicht, die binnen kurzem in dem einen oder anderen Sinn abschließend sein könne.

## Bernheims Eingabe vor dem Völkerbund. Moralische Schäupung der Hunnen.

Genf, 6. Juni. Der Völkerbund hat heute vormittags die Petition Bernheims über die Unterdrückung der Juden in Oberschlesien durch beraten. Der Bericht des irischen Delegierten Lester wurde im Sinne des Gutachtens des Sachverständigenausschusses umgeändert, dem zufolge die Petition Bernheim den Bestimmungen des Genfer Abkommens über Oberschlesien entspricht.

Der deutsche Delegierte von Keller erklärte, die deutsche Regierung betrachte die Petition als erledigt, da sie bereits Remedur in Angelegenheit der Uebergriffe nachgedenke. Er behauptete bei der Anwendung der deutschen Reichsgesetze in Oberschlesien verprochen habe. Gesandter von Keller schloß seine Erklärung mit dem Bemerkten, daß sich die Mitglieder des Rates, wenn sie sich jetzt auf den Standpunkt des Juristengutachtens stellen, der Tatsache bewußt sein müssen, daß sie sich zugunsten eines Grundgesetzes von weittragender Bedeutung aussprechen. Es sei selbstverständlich, daß man in Zukunft bei allen Beschwerden ganz gleichgültig, gegen wen sie sich richten mögen, nach diesem Grundgesetz verfahren müssen. Von allen Ratsmitgliedern stimmte nur der italienische Delegierte Biancheri mit dem Standpunkt der deutschen Regierung überein, der die Ausführungen Kellers einfach zur Kenntnis nahm und die Meinung aussprach, daß die Petition damit erledigt sei.

Massigli erklärte als Vertreter Frankreichs, die öffentliche Meinung gebe sich nicht mit einer regionalen Lösung der Beschwerde zufrieden, doch müsse sich der Rat genau nach den Rechtsgrundsätzen halten. Deshalb nehme er den dem Rat vorgelegten Bericht an.

Für die Tschechoslowakei widmete Gesandter Dr. Dsufly umfangreiche und wirkungsvolle Ausführungen dem allgemeinen Wundenheitschutze.

Der norwegische Außenminister Lange stimmt dem Berichte zu und verlangt, daß alle Staaten Maßnahmen ergreifen, die eine Verletzung internationaler Verpflichtungen vonseiten nachgeordneter Behörden ausschließen. Auf diese Ausführungen antwortete der deutsche Delegierte von Keller, er könne es nicht zulassen, daß an dem gegebenen Worte der deutschen Reichsregierung gezweifelt werde, daß die Uebergriffe der nachgeordneten Behörden gutgemacht würden. Außerdem antwortete von Keller dem Gesandten Dsufly und bedauerte, daß der tschechoslowakische Delegierte den Rahmen der Tagesordnung nicht eingehalten habe. Nach Ansicht des deutschen Delegierten überschreite alles, was Dr. Dsufly im allgemeinen gesagt habe, den Rahmen der Tagesordnung, die vom Rat behandelt werde. Gesandter Dr. Dsufly antwortete, er habe sich absichtlich von der Debatte über den Fall Bernheim ferngehalten in dem Bemühen, daraus direkt eine Lehre zu ziehen, was die Tagesordnung des Rates absolut nicht verbiete. Niemals sei es überflüssig oder vorzeitig, eine Verteidigung der Gerechtigkeit zu organisieren.

Der Bericht wurde dann einmütig angenommen; der italienische und der deutsche Delegierte enthielten sich der Stimme. Dem Berichte zufolge wird Remedur geschaffen werden und der Völkerbundrat wird von der Erledigung der Petition verständigt werden.

## Der Sozialismus wird siegen!

Ist die Internationale tot? Es lebe die Internationale!

Von Emil Vandervelde, Präsident der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

Die Internationale stirbt, die Internationale ist tot... das ist das Leitmotiv, das sich seit dem 5. März in der Rechtspresse breit macht.

Im Pariser „Temps“ vom 1. Mai, wenige Tage nach der großen Parade vom 1. Mai in Deutschland, der in eine nationalistische Manifestation umgefälscht wurde, war zu lesen:

„Das hitlerische Experiment, auch wenn es letzten Endes scheitern wird, wird doch eine tiefe Änderung in der Politik hervorrufen: Bereits durch die Tatsache, die es gezeigt hat, mit welcher Leichtigkeit es die Sozialdemokratie zerschlagen hat, die bisher in der sozialistischen Bewegung Europas führend war. Die Arbeiterpartei hat in England eine Niederlage erlitten, der Sozialismus ist in Deutschland zugrunde gegangen, er ist ausgerottet in Rußland und vertrieben aus Italien, und er hat keinen Einfluß in der amerikanischen Demokratie. Das bedeutet einen Wendepunkt in der Entwicklung, auf den die Völker aufmerksam gemacht werden müssen.“

Aufmerksam? Wer wird es leugnen?

Ja, die Arbeiterpartei hat in England und eine Niederlage erlitten, und es war eine große Freude für die Kapitalisten der ganzen Welt, als die Ebbe der Wählerstimme von 288 auf 51 Mandate vermindert und MacDonald selber am Vorabend der Wahl aus seiner Partei desertierte. Aber die Sachkundigen wissen doch, daß das Gros der Cadavers der Arbeiterpartei auch 1931 intakt geblieben ist, und — die Ergebnisse der Nachwahlen beweisen das — wenn es morgen zu allgemeinen Wahlen in England käme, so würden mehr als 200 Sozialisten in das Parlament einziehen.

Und wie steht es mit anderen Feststellungen des „Temps“? Welches ist ihr wirkliches Gewicht?

Der Sozialismus, oder richtiger zu sagen die sozialistische Demokratie ist ausgerottet in Rußland; aber allerdings auch ganz andere Dinge, die den Liberalen aus dem „Temps“ sicher sehr lieb sind, sind dort vernichtet worden und die Anhänger der bürgerlichen Ordnung — empfinden sie wirklich eine Befriedigung darüber, daß im sechsten Teil der Welt eine rote Diktatur allen Angriffen Widerstand leistet und ein gewaltiges Gegengewicht gegenüber allen nationalistischen Diktaturen in Mitteleuropa bildet?

Der Sozialismus ist aus Italien vertrieben worden, aber das Beispiel Spaniens — zeigt es etwa nicht, daß an dem Tage, als die Diktaturen zusammenbrechen, es nicht nur Monarchisten und Rechtspolitiker sind, die ihre Nachfolger werden?

Der Sozialismus hatte bisher keinen Einfluß auf die amerikanische Demokratie. Aber der „Temps“ hat selber anläßlich der letzten Präsidentschaftskampagne in Amerika festgestellt müssen, daß wenn auch Roosevelt als dem hoffnungsvollsten Gegner Hoovers die Stimmen zufielen, die Herzen waren bereits für den populärsten unter den Kandidaten, den Sozialisten Norman Thomas.

Und ist es etwa eine unwichtige Tatsache, daß andererseits, innerhalb der Grenzen der europäischen Freiheit, in allen Ländern von West- und Nordwesteuropa, in der Schweiz, in Belgien, in Holland, in den skandinavischen Ländern, in Frankreich, der Sozialismus und eben der internationale Sozialismus sich im Aufstiege befindet.

Bergessen wir auch Oesterreich mit dem roten Wien nicht, und die Tschechoslowakei des Präsidenten Masaryk, diese vorgehobenen Posten der Demokratie und des Sozialismus in Mitteleuropa.

Aber man würde sagen: Was bedeuten schon diese Tatsachen in der Bilanz des Schicksals, angesichts der Katastrophe, die über den Sozialismus in Deutschland gekommen ist?

Es bleibt, daß das Dritte Reich gestiegen hat, das Deutschland Goethes, Marx' und Einsteins den Bestien ausgeliefert ist, daß alle bürgerlichen Parteien, die sich zur Demokratie bekennen, zunichte geworden sind, daß das katholische Zentrum, das sich einst vor Bismarck nicht gebeugt hat, heute schändlich vor Hitler kriecht, daß die proletarischen Parteien gegen sich selbst tödlich gespalten, zur gemeinsamen Machtlosigkeit verurteilt und ins gemeinsame Verderben abgestürzt sind. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat vor kurzem ergreifend geschrieben, was für eine Partei, die noch vor kurzem die stärkste Partei Deutschlands und die größte Partei der Welt gewesen ist, bedeutet, daß ihr Rüstzeug durch die brutale Gewalt zerschlagen, ihre Lokale geschlossen, ihre Presse außerhalb des Geistes gestiftet, ihr Eigentum durch die bewaffnete Hand gestohlen und konfisziert wird, diese Zerschlagung aller Mittel der legalen Aktion, aller Möglichkeiten der offenen Arbeit.

Müssen wir vielleicht angesichts dieses Zusammenbruchs verzagen? Denen, die heute fragen, ob diese furchtbare Zerstörung überhaupt noch wieder gut zu machen ist, und ob man nicht mindestens Generationen brauchen wird, bis sich das sozialistische Deutschland wiederum erhebt, allen denen werde ich mit der Berufung auf eine einzige Tatsache antworten:

Auch wir in Belgien haben den Zerstörungswahn des deutschen Nationalismus kennen gelernt. Die, die heute unter Hitler wüten, sind doch dieselben Gewaltmenschchen, oder deren Söhne, die bei uns in Belgien in den Jahren der Okkupation 1914 — 1918 gewütet haben. Und es soll dabei geiaht werden, daß diejenigen Belgier, die heute den deutschen Sozialisten Passivität vorwerfen und, wie unser Außenminister, soweit gehen, sie der Feigheit zu bezichtigen, sich doch daran erinnern müssen, daß während der vier todbringenden Jahre des Krieges die zivile und waffenlose Bevölkerung Belgiens, den Haß in den Herzen verborgen, auch gezwungen war, unter dem Schwert der Eroberer passiv zu bleiben.

Ich war damals, während dieser schweren Prüfung außerhalb des Landes, auf meinem Posten. Mit kurzen Unterbrechungen erhielt ich Geheimberichte, die mir sagten, daß die Arbeiterpartei, wie auch die anderen Parteien verboten, das Vermögen der Gewerkschaften konfisziert oder vernichtet, daß unsere Zeitungen aufhören zu erscheinen, daß die besten unserer Kämpfer verhaftet, eingesperrt, ausgewiesen, wenn nicht gar erschossen sind. Und manchmal, in den schwarzen Stunden des Exils habe ich mir gesagt, daß der Rest meines Lebens doch nicht ausreichen wird, um die Stüde von dem zusammenzulesen, was früher unser Stolz war.

Aber — kaum waren die letzten deutschen Soldaten über die Grenze zurückgezogen, da überströmte eine sozialistische Welle das Land, die Arbeiter schafften sich wieder auf, und unsere Organisationen, die man schon für immer für zerstört halten konnte, wuchsen zu einem neuen Leben empor, stärker, zahlreicher und nach wenigen Monaten auch reicher, als sie je zuvor waren.

Diesen Aufstieg in meiner Erinnerung wieder herstellend, stimme ich dem „Temps“ zu, daß dieses dunkle Jahr 1933 doch einen Wendepunkt in der Geschichte Europas und



# Wie Dollfuß die Verfassung revidieren will...

## Unsere Klerikalen ins Stammbuch.

Wien, 6. Juni. (Eigenbericht.) Die Wiener Monatsblätter hatten gemeldet, daß die Vorarbeiten für die österreichische Verfassungsreform soweit gediehen seien, daß in kürzester Zeit bereits Parteiverhandlungen stattfinden könnten. Dazu erklärt nun die „Reichspost“, daß derartige Meldungen den Tatsachen weit vorausseilen und daß vor dem Frühjahr mit einer Erledigung der Verfassungsreform nicht zu rechnen sei.

Das Blatt macht auch einige Mitteilungen über die geplanten Reformen, die angeblich tief in das Grundgesetz eingreifen und noch kein Vorbild in einer geltenden Verfassung haben würden: sie seien berufen, das Wesen des Parlamentarismus umzugestalten.

Meritorisch werde ein erheblich stärkeres Recht eingeführt werden, als es die bisherige Verfassung besitzte: in die Vollmachten dieses Reiches sollen sich Bundespräsident und Regierung teilen. Die Funktion der Ständekammer, die an Stelle des jetzigen Bundesrates, der aus Landesvertretern besteht, treten soll, wird sich auf die wirtschaftlichen Dinge beziehen, in denen dieser Körperschaft das maßgebende Entscheidungsrecht zufallen soll, während der Nationalrat in den übrigen legislativischen Arbeiten den Vortritt haben soll.

# Vorläufig keine Anleihe in Frankreich...

Paris, 6. Juni. Der Ministerrat befaßte sich mit der Frage der Anleihegewährung an Oesterreich, die bereits im Dezember v. J. vom französischen Parlamente im Prinzip bewilligt wurde. Es bleiben noch einige Details technischen Charakters aufzuklären. Es scheint jedoch, daß die französische Regierung vorläufig keine Entscheidung treffen, sondern abwarten wird, bis die Londoner Weltwirtschaftskonferenz zusammentritt.

# ... dafür aber in Italien.

Rom, 6. Juni. Laut Uebereinkommen zwischen dem Ministerpräsidenten Mussolini und dem österreichischen Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der heute aus Rom abgeflogen ist, wird in den nächsten Tagen in Italien die österreichische Anleihe zur Zeichnung aufgelegt werden.

# Hilfe nur für ein demokratisches Oesterreich.

## Ein Artikel Léon Blums.

Paris, 6. Juni. Herriot schrieb an den Pfingstfeiertagen in die „Dépêche de Toulouse“ einen Artikel, in welchem er die Regierung auffordert, Oesterreich beschleunigt eine Anleihe zu gewähren. Herriot begründet seine Forderung mit der Feststellung, daß die jetzige österreichische Regierung den Faschismus und den Militarismus stark bekämpfe.

Auf diesen Artikel Herriots erwidert heute Léon Blum im „Populaire“, daß die französischen Sozialisten von Oesterreich die bestimmte Versicherung verlangen, die republikanische Verfassung zu respektieren. Blum fordert, daß die französische Regierung bei der österreichischen Regierung auf diplomatischem Wege einschreiten solle, um eine diesbezügliche feste Zusicherung zu erhalten.

# Konkordat in Oesterreich.

Rom, 5. Juni. Das Konkordat zwischen dem Vatikan und Oesterreich wurde heute abends vom Bundeskanzler Dr. Dollfuß und Kardinalstaatssekretär Pacelli unterzeichnet. Das Konkordat sieht die Schaffung einer Diözesen-Ausschreibung vor. Weiter wird festgesetzt, daß die kirchliche Trauung auch zivilrechtliche Wirksamkeit haben soll.

# Genosse Nicole — sechs Monate Gefängnis.

Genosse Nicole, der Führer der Genfer Sozialdemokraten, stand in den letzten Tagen wegen der blutigen Vorfälle vor dem Gericht, die sich am 9. November 1932 in Genf abspielten. Damals schossen Truppen auf unbewaffnete Teilnehmer einer Versammlung, in der Nicole sprach. Die Anklage beschuldigte ihn der Vorbereitung einer Revolte. Aber weder dafür noch für die Behauptung der Anklage, Nicole habe zum Widerstand gegen die Staatsgewalt aufgereizt, hat das lange Zeugnenverhör auch nur den geringsten Beweis geliefert. Freilich hat der Genfer Prozeß auch sehr merkwürdige Beziehungen Nicoles zu Parteifremden und Gegnern zutage gefördert; diese Beziehungen haben das Einvernehmen zwischen der Organisation Nicoles und der Schweizer Gesamtpartei sehr stark getrübt gehabt — für den Prozeß mußten sie trotz den Bemühungen des Staatsanwalts, sie juristisch auszuwerten, belanglos bleiben.

Am Dienstag sprach das Genfer Geschworenengericht das Urteil über Nicole:

Er wurde, unter Einrechnung von 60 Tagen Untersuchungshaft, zu sechs Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe verurteilt. Die übrigen Angeklagten erhielten Strafen bis zu vier Monaten Gefängnis mit Einrechnung der Untersuchungshaft sowie Geldbußen von 30 bis 60 Franken.

# Hilfer in Nöten:

# Die Rebellion der Enttäuschten beginnt.

## Vor einer Generalsdiktatur?

Berlin, 2. Juni. Von einem führenden Berliner Journalisten, der den Kreisen der Reichsregierung eng verbunden ist, wird uns heute folgendes mitgeteilt:

Die zwangsläufigen Spannungen zwischen den Deutschnationalen und der Hitlerpartei, insbesondere aber innerhalb der Hitlerpartei selbst haben sich während der letzten beiden Wochen außerordentlich verschärft; es ist symptomatisch, daß heute die radikale Richtung in der deutschen Außenpolitik mit aller Schärfe von den Parteigängern Hugenberges vertreten wird, nachdem Herr Hitler unter dem Druck der Notwendigkeiten die Kernpunkte seines Programms (Anschluß Deutsch-Ostpreußens und Danzigs, Vereinfachung der Friedensverträge, Aufrüstung) bereits ausgegeben hat.

Das Entscheidende für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse ist jedoch nicht dieser Konflikt zwischen den beiden Koalitionsparteien, den Herr Hitler dadurch zu beseitigen gedenkt, daß er die Deutschnationale Partei gegen die Zentrumspartei einzutauschen sich anschickt; ungleich schwerer wiegen die Spannungen innerhalb der Hitlerpartei selbst, die seit Anfang April, seit der Liquidation des „Juden-Bohotts“, schon mehrmals geradezu eruptive Formen angenommen haben.

Die Unzufriedenheit der aktiven Elemente der NSDAP, die Unzufriedenheit vor allem der SA und SS wächst von Tag zu Tag. Diese Zustände, die jede Disziplin zerstören, haben dazu geführt (um nur ein Symptom unter vielen zu nennen), daß die Stabsleitung der SA und SS, vertreten durch den Hauptmann Koch, am 30. Mai einen Rundbrief an die gesamten militärischen Formationen herauszugeben sich veranlaßt sah, daß es „nicht Sache der braunen Soldaten des Dritten Reiches sein dürfte, politische Forderungen aufzustellen und diese Forderungen, wie es mehrfach geschehen sei, in ultimativer Form an den obersten Führer gelangen zu lassen“. Wer sich an solchen Aktionen beteilige, so fährt der Rundbrief fort, der „verstoße gegen die freiwillig übernommene Unterordnung, mache sich strafbar und gefährde den Fortschritt der nationalen Revolution“. — Die Unzufriedenheit beschränkt sich indessen nicht auf die radikale Teile der Hitlerpartei; sie hat in steigendem Maße auch die zivile NSDAP erfasst. Hier sind es insbesondere die Bauer, die fordern, daß endlich der Anfang gemacht wird mit dem bekannten nationalsozialistischen Agrarprogramm, das heißt: daß endlich gegen den Großgrundbesitz vorgegangen wird. Gerade aber auf diesem Gebiet sind die Hände des Reichskanzlers gebunden; er hat sich beim Regierungsantritt feierlich verpflichtet, den Großgrundbesitz nicht anzutasteten, und er dürfte sich darüber durchaus

im klaren sein, daß der Reichspräsident ihm sofort Vertrauen und Amt entziehen würde, wenn er auch nur den leisesten Vorstoß in dieser Richtung unternähme. Und daß Herr von Hindenburg hierbei eine Unterstützung des geschlossenen Offizierkorps der Reichswehr sich sicher weiß, schwächt die Position des Reichskanzlers.

Es ist allgemeiner Eindruck in maßgebenden Kreisen Berlins, daß die Schicksalsstunde der Regierung Hitler schon im Herbst dieses Jahres schlagen wird; wenn an diesem Zeitpunkt die Wirtschaftslage Deutschlands sich nicht entscheidend zum Guten gewendet haben sollte — und es sind bisher nur Anzeichen für eine gegenteilige Entwicklung vorhanden! —, dann ist damit zu rechnen, daß die derzeitige Regierung abgelöst werden wird durch eine Diktatur der Generalität, die die letzten Reste der heute noch bestehenden Scheindemokratie beseitigen wird und beseitigen muß, um existieren zu können. Man spielt mit dem Gedanken, diese Diktatur mit einer monarchischen Spitze zu etablieren, — in der Hoffnung, dadurch erhebliche Kreise der heutigen Hitlerpartei, vor allem aber die Landbevölkerung gewinnen zu können. Man weiß, daß diese Projekte einen blutigen Machtkampf zwischen Hitler und der übrigen Rechten herbeiführen werden; man glaubt aber, daß die innere Zerschlagung der NSDAP bis zu dem genannten Zeitpunkt so weit gediehen sein wird, daß der Einsatz der Reichswehr und des „Stahlhelm“ genügen wird, um die Entscheidung zugunsten des Feudalismus zu sichern.

# SA singt die „Internationale“.

Berlin, 2. Juni. Wie aus einer uns im Original vorliegenden Nachweisung der Stabsleitung der SA hervorgeht, sind im Bezirk Berlin-Brandenburg in der Zeit vom 1. bis 25. Mai d. J. aus den Reihen der SA 3870 Mann „wegen politischer Unzuverlässigkeit“ ausgeschlossen worden. — In Berlin-Neukölln kam es am 28. Mai in einer Mitgliederversammlung der SA zu stürmischen Ausschreitungen: als der Stabsführer der SA die Namen der Ausgeschlossenen bekanntgeben wollte, wurde er am Reden durch das Absingen der „Internationale“ gehindert. Das Singen wurde so lange fortgesetzt, bis der Stabsführer mit seinem Stab den Saal verlassen hatte; alsdann wurde eine Resolution mit Einstimmigkeit angenommen, in der sich die Mitgliederversammlung mit den Ausgeschlossenen, die stürmisch akklamiert wurden, solidarisch erklärte.

# Ein Nasenstüber aus Washington.

Washington, 6. Juni. (Reuter.) Die Regierung der Vereinigten Staaten hat zwar bei der deutschen Regierung keinen offiziellen Protest erhoben, hat sie aber über die Erregung informiert, die durch die antisemitische Taktik der Nationalsozialisten in den Vereinigten Staaten hervorgerufen wurde.

# Die Riesenpleite im Hitlerreich.

Berlin. Die Gläubigertreffen, die gegenwärtig in Berlin verhandelt sind, hat festgestellt, daß Deutschland zwanzig Milliarden Mark dem Ausland schuldet. (Die staatlichen Verpflichtungen sind in dieser Riesen-summe nicht inbegriffen.) Allmonatlich hat Deutschland allein an Zinsen hundert Millionen Mark an das Ausland zu zahlen. Es ist klar, daß Deutschland solche Summen nicht aufbringen kann, aber die Gläubiger drängen trotzdem auf die Zahlung.

Geradezu phantastisch groß ist das Defizit im deutschen Staatshaushalt: nach oberflächlicher Schätzung gibt der deutsche Staat um anderthalb Milliarden Mark mehr aus als er einnimmt!

# Lärm in der Kirche.

## Die Niederlage Hitlers bei den Kirchenwahlen.

Zu Pfingsten wurde von allen evangelischen Kanzeln Deutschlands die Botschaft des Reichsbischofs von Bodelschwingh verlesen. In einigen Kirchen kam es zu Protesten der Anhänger Hitlers.

Bodelschwingh wurde vor kurzem von den Vertretern der einzelnen Kirchenverbände zum Reichsbischof gewählt, trotzdem Hitler den Wehrkreispfarrer Müller als seinen Vertrauten kandidiert hatte. Dieser Müller ist nun der Führer der nationalsozialistischen Opposition gegen Bodelschwingh. Es ist übrigens mit einer Abspaltung der hitlertreuen Gläubigen von der durch Bodelschwingh repräsentierten Reichskirche zu rechnen.

Erich Auer im Konzentrationslager. Wie die Saarbrücker „Volkstimme“ meldet, ist der alte Führer der bayerischen Sozialdemokratie, Erich Auer, trotz seines hohen Alters, vor drei Tagen in das Konzentrationslager in Dachau überführt worden.

# Erfolgreiche Betriebsauswahl.

Am 2. Juni fand im Betrieb der Firma J. Pfefferkorn in Parisnäh bei Trautenau, wo die Nazi eine starke Position haben, die Neuwahl des BA statt. Vom Obernazi bis zum letzten Unterläufer wurde mit allen erdenklichen und unqualifizierten Mitteln gearbeitet, um der „Union der Textilarbeiter“ eine Niederlage beizubringen, ja die Nazis rechneten sogar mit einem Gewinn von 80 Stimmen auf Kosten der „Union der Textilarbeiter“.

Dies ist das Ergebnis (vorjährige Zahlen in Klammern): „Union der Textilarbeiter“ 172 Stimmen (165), die Liste der Hakenkreuzler 114 Stimmen (108). Daher gewinnen von den Mehrwählern die Liste der „Union der Textilarbeiter“ 7 Stimmen und die Nazi 6 Stimmen. Die Liste der „Union der Textilarbeiter“ erhielt 4 Mandate, während es die Nazis in ihrer Hochburg nur auf 2 Mandate brachten.

# Rote Pfingsten in Mies.

Die alte Bergstadt Mies stand an den Pfingstfeiertagen unlegbar im Zeichen der jungen sozialistischen Generation. Sozialistische Jugend und die roten Turnerkinder aus dem südwestböhmischen Bezirk hatten sich zu einem für Mies wichtigen Aufmarsch zusammengefunden, der die Bestürzung der Nazi über die auf diese Weise trefflich gelungene Widerlegung ihrer ewigen Totenlieder über die sozialdemokratische Bewegung wahrlich begreiflich macht.

Die Veranstaltung wurde am Samstag mit einem Höhenfeuer eingeleitet, bei welchem außer anderen Darbietungen Genosse Wanka-Prag einen Appell an die versammelte Arbeiterjugend richtete, noch mehr als bisher Trägerin der sozialistischen Idee und in gesteigertem Einsatzbereitschaft Beschützerin der proletarischen Freiheitsfackel zu sein. Nach dem Abbrennen des Höhenfeuers bewegte sich ein eindrucksvoller Fackelzug in die Stadt zurück.

Der Sonntagmorgen war den Wettkämpfen der Turnerkinder und der Jugend-Sportgruppen sowie den letzten Festproben gewidmet. Um halb 11 Uhr vormittags formierte sich der gut 1200 bis 1400 Personen zählende farbenprächtige Festzug, worauf nach Abzug der Turnerkinder auf dem Ringplatz eine antifaschistische Kundgebung der Sozialistischen Jugend folgte, auf der nach Eröffnungsworten des Kreisvertrauensmannes Korčinský Genosse Weikert-Karlsbad über den Kampf der Jugend gegen Kapitalismus und seine faschistischen Trabanten sprach. Die Kundgebung erhielt durch die Teilnahme einer ganz stattlichen Gruppe tschechischer Genossen, für welche Genosse Korneilus-Bilsen sprach, ein internationales Gepräge. Unter trohigen Freiheitsrufen löste sich die Manifestation gegen Mittag auf.

Die Veranstaltungen am Sonntag-Nachmittag wurden durch den Aufmarsch aller Turnerkinder auf dem Sportplatz eingeleitet, welche nach einer Ansprache des Genossen Hala-Rosolup einen erhebenden Treuschwur zum Sozialismus ablegten. Sodann folgten Vorführungen der Turnerkinder und die internationalen Freiübungen der Turner und Turnerinnen. Auf dem Festplatz hielt das gefellige Treiben bis in die Abendstunden an.

Der Mieser Aufmarsch der jungen Klassenbewussten Arbeitergeneration war eine prächtige Bekundung der ungebrochenen Lebensart der sozialistischen Bewegung und berechtigt zur festen Zuversicht in die Sieghaftigkeit des sozialistischen Proletariats trotz faschistischer Hölle — trotz allem und alledem!

# Kobfneel beschuldigt sich selbst.

## Altenberlesung im Brüner Prozeß.

Brünn, 6. Juni. Im Prozeß gegen Kobfneel und Genossen vor dem Brüner Staatsgerichtshof überreichte heute der Verteidiger Weidls Dr. Pelikan dem Gerichte eine Erklärung des Advokaten Dr. Moravec in Mafarská, die vom dortigen Gericht bestätigt ist. Dieser Erklärung zufolge gab Kobfneel in Mafarská bei der Untersuchung an, er sei selbst der Initiator des Ueberfalles auf die Kaserne in Zidenice und die ganze Aktion sei nur sein Werk.

Der Staatsgerichtshof setzte heute in nicht-öffentlicher Verhandlung die Verlesung der Akten des Prager und des Mährisch-Schwarzer Strafgerichtes über die Organisation der Junaken fort. Der Angeklagte Gajda gab hierbei ausführliche Angaben über Entstehung und Zweck dieser Organisation. Der Angeklagte Kobfneel, dessen mehrtägiger Gesundheitsurlaub abgelaufen ist, nimmt an der heutigen Verhandlung wieder teil. Dagegen war heute der Angeklagte Parát zur Verhandlung nicht erschienen.

Der Senat wurde gestern für Donnerstag, den 8. Juni, um 18 Uhr zu einer Sitzung einberufen. Offenbar rechnet man damit, daß zu dieser Zeit bereits ein Beschluß des Abgeordnetenhauses über das Ermächtigungsgesetz vorliegt, der im Druck verteilt und dem Verfassungsausschuß zugewiesen werden kann. Die Tagesordnung dieser Sitzung bilden lediglich zwei Immunitäten und die Wahl des Ständigen Ausschusses.

Tschechische Gewerkschaftskongresse zu Pfingsten. In den Pfingstfeiertagen fanden die Kongresse folgender, der Prager Gewerkschaftskommission angeschlossenen Verbände statt: des Verbandes der öffentlichen Angestellten, des Verbandes der Lederarbeiter und des Verbandes der Lebensmittelarbeiter.



Aus-Tod in Deutschland.

Frankfurt a. M., 5. Juni. Bei dem Motor...

Pasewalk, 5. Juni. Auf der Chaussee Berlin...

Schnellfahrer verursacht schweren Zusammenstoß...

Die Tausendkronennote auf Konseipapier.

Noch eine „uneheliche“ Ehe. Der älteste Sohn...

Hühnerwelle in England. Eine Hühnerwelle...

Blutige Zusammenstöße in Indien. Im Fürstentum...

Die Vampire von Newyork.

Eine raffinierte Verbrecherorganisation aufgeklügelt.

Newyork. Die Zeitungen berichten von einer neuen Verbrecherorganisation...

Ein Gangster macht seine Frau lungentranke.

Die Polizei kam der Bande durch den plötzlichen Tod...

Das Wetter für heute: Im allgemeinen abnehmende Bewölkung...

Denkmalsenthebung in Pilsen. Am Pfingstsonntag fand in Pilsen...

Pflichter Tod eines Nazi-Führers. Der nationalsozialistische...

Beginn des Grazer Prozesses. Am Dienstag begann der Prozess...

Geht's auch ohne Deutschland? Aus Wien wird gemeldet...

Reflexexplosion auf hoher See. Auf dem in Kiel eingelaufenen...

lungenkrank und starb bald darauf. Ein Komplize denunzierte...

Bergigte Speise, dann unters Lastauto.

Ein anderes Mal hatte die Bande einen Mann namens Michael...

Gegen Ehrenwort. Einer der bekanntesten New Yorker Verbrecher...

Die täglichen „Selbstmorde“. In Erfurt hat sich vor wenigen Tagen...

Fabrikbrand. Durch einen Brand wurde in Ehorn die große Stärkefabrik...

Von der Klassenlotterie. Die Verlosung der Gewinne der ersten Klasse...

Neuer Sowjetbevollmächtigter in Prag. Antisch wird gemeldet...

Feuermelder mit Maske.

Ein neues System für einen höchst originellen, automatischen Feueralarm...

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Bei öffentlichen Bauten müssen Kollektivverträge eingehalten werden.

Das Organ des Verbandes der Bauarbeiter „Der Bund“...

Schon in der Verordnung der Regierung vom 17. Dezember 1920...

Bei allen öffentlichen Bauvergaben muß daher dafür gesorgt werden...

Amerikas neue Filme.

Eine Betrachtung

der uns verschlossenen Filmwelt.

1. Literarische Themen und Dramas führen.

Amerikas Film ist ideologisch nicht sehr original; die großen Firmen greifen...

tungsfilm, der an die früheren Bibelfilme desselben Regisseurs erinnert...

wie Jay Bray, Benita Hume, Ethel Barrymore, den jungen Joel McCran...

2. Rückkehr zur Internationalität des Films.

Der Film war als stummer ein Mittler der Völker; er hat seine eigene optische Sprache...

gedreht werden sollten. Diesen Fehler hat Amerikas Film mit einer ungeheuren Krise...

